

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 05.03. – 09.03.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Ein Jahr nach Fukushima - Großdemo in Berlin pro Solarwirtschaft
2. Ein Stück Hessen in Berlin: Apfelweinanstich in der Landesvertretung
3. 40 Prozent – Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte

Ein Jahr nach Fukushima

Großdemo in Berlin pro Solarwirtschaft

Am Sonntag, den 11. März jährt sich die atomare Katastrophe von Fukushima. Dieses Datum lässt innehalten um den Opfern zu gedenken, es rüttelt aber auch auf und lässt uns über die weitere Nutzung der Atomenergie in Deutschland, bei unseren europäischen Nachbarn und auch weltweit nachdenken. Wir wollen an dieser Stelle nicht das schwarz-gelbe Trauerspiel vom Ausstieg aus dem Ausstieg wieder beleben, sondern unseren Blick auf die Zukunft und die Energiewende legen.

Nicht nur Fukushima hat uns gelehrt, dass Atomenergie und auch Endlager nicht vom Menschen beherrschbar sind und keine Zukunft haben. Wir wollen und müssen uns daher für eine konsequente und nachhaltige Nutzung Erneuerbarer Energien einsetzen. Zu diesen Energien gehört auch die Solarenergie. Die drastischen Kürzungen bei dieser Zukunftstechnologie sind gerade zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv.



Die Region zeigt Flagge auf der Pro-Solar-Demo vor dem Brandenburger Tor

Das Vorgehen von Bundeswirtschaftsminister Rösler und Umweltminister Röttgen gefährdet die Energiewende und ist eine Attacke gegen die Solarbranche und ihre Beschäftigten. Die „Energie-Riesen“ werden mit ihren Wind-Offshore-Anlagen subventioniert und die durch kleinere Eigentümer geprägte Solarenergie wird gekappt.

In Nordhessen hat die Solarbranche für wirtschaftlichen Aufschwung gesorgt. CDU und FDP gefährden damit Arbeitsplätze in einer

Zukunftsbranche und im kleinen und mittelständischen Handwerk. Die Kürzungspläne zur Solarförderung sorgen für Chaos und Unsicherheit in der Branche. Anstelle mit Bedacht und Augenmaß die Vergütungen schrittweise -wie vorgesehen- an die Kostenentwicklung anzupassen und die Systemintegration der Photovoltaik (PV) voranzutreiben, vollführt die Bundesregierung eine systematische Kehrtwende. Wir wissen, Subventionen können und sollen nicht für die Ewigkeit sein, aber eine über 30 prozentige Kürzung zum jetzigen Zeitpunkt ist kontraproduktiv.

Am **21. März** werden wir eine **Expertenanhörung im Umweltausschuss** durchführen, um zu prüfen welche Kürzungen für die deutsche Solarindustrie verkraftbar sind. Zudem wollen wir klären, ob die geplanten monatlichen Kürzungsschritte nicht insbesondere den Handwerkern vor Ort sowie den Verteilernetzbetreibern einen unverhältnismäßig hohen organisatorischen Aufwand abverlangen. Die Solarstromförderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) konnte übrigens innerhalb von vier Jahren halbiert werden. Umso wichtiger ist heute, dass wir die bereits getätigten Investitionen nicht ins Leere laufen lassen. Denn es gibt viele gute Gründe für die Photovoltaik in Deutschland: Sie ist nicht nur unverzichtbarer Teil der Energiewende und des Klimaschutzes, sondern generiert regionale Wertschöpfung in Milliardenhöhe. Für die Bürgerinnen und Bürger bietet sie vielfältige Beteiligungsmodelle. **Die SPD möchte daher in Zukunft nicht weniger sondern mehr Solar, beispielsweise auch auf den Dächern von großen Mietshäusern, denn Solarenergie soll nicht nur Eigenheimbesitzer mit Strom versorgen.**

Am Montag dieser Woche sind weit über 10.000 Menschen, viele auch Beschäftigte der Solarbranche aus Nordhessen, vor das Brandenburger Tor gekommen und haben mit uns gemeinsam ihre Stimme gegen die unsinnigen und übereilten Kürzungen erhoben. Wir müssen die deutsche Solarbranche für die Zukunft rüsten und so Arbeitsplätze sichern. Dafür müssen wir massiv Investitionen in Forschung und Entwicklung anreizen und fördern. **Nur wenn die deutsche Solarindustrie technologisch führend, hoch innovativ und spezialisiert ist, kann sie zukünftig gegen die Billigkonkurrenz aus China bestehen.**

Apfelweinanstich: ein Stück Hessen in Berlin

Die SPD-Landesgruppe Hessen im Deutschen Bundestag vertritt hessische Interessen in der Hauptstadt. Um so mehr hat es uns



gefremt, dass bei unserem Jahresfest, dem Apfelweinanstich in der Landesvertretung Hessen am Potsdamer Platz, auch viele Vertreter aus Wirtschaft, Medien und Kultur in Hessen zu Besuch waren.

Der Apfelweinanstich ist eine sehr gute Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen und die hessischen Regionalinteressen noch besser in der Hauptstadt vertreten zu können. Hier hört man, wo der Schuh drückt und kann gemeinsam Lösungen finden und im Gespräch miteinander bleiben. Thorsten Schäfer-Gümbel erinnerte beim dritten Apfelweinanstich



daran, dass der „Äppler“ als regionaltypisches Getränk sehr beliebt sei und Freunde, auch in Berlin, verdient habe.

Frank-Walter Steinmeier erklärte den anwesenden Abgeordneten, Mitstreitern und Gästen aus Medien, Politik und Wirtschaft mit einem Augenzwinkern, auch er habe lange Jahre in Hessen gelebt und zur „Vernichtung der alljährlich Appelwoin-Bestände beigetragen“.

Dann wurde es jedoch ernster. Der Fraktionsvorsitzende, gerade von der Vorstandssitzung aus dem Reichstagsgebäude gekommen, erläuterte den Gästen die Schwierigkeiten bei der aktuellen Griechenland- und Eurodebatte.

40 Prozent – Frauenquote für Vorstände und Aufsichtsräte!

Über eine Quotenregelung für mehr Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Berufsleben wird seit langem diskutiert und auch gestritten. Fakt ist: die freiwillige Vereinbarung, die die Politik mit der Wirtschaft vor 11 Jahren traf, brachte leider keine Fortschritte. Nur 3,7 Prozent der Vorstände in DAX-Unternehmen sind Frauen und in Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil bei nur 15,7 Prozent.

Die sogenannte „Frauenministerin“ Schröder erhielt in den letzten Tagen zusätzlich massiven Druck von Seiten der Europäischen Union für ihre zauderhafte und wohl leider auch sinnfreie „Flexiquote“. Wir halten ihr entgegen, dass freiwillige Verpflichtungen der Wirtschaft bisher nicht zu gerechter Teilhabe geführt haben, obwohl der Ausbildungs- und Qualifikationsgrad von Frauen in Deutschland eine ganz andere Sprache sprechen müsste. Unser [Gesetzentwurf \(hier klicken\)](#) trägt der Tatsache Rechnung, dass Freiwilligkeit leider nicht zu mehr Chancengleichheit geführt hat, Rechnung. Er sieht eine geschlechtergerechte Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten börsenorientierter sowie mitbestimmter Unternehmen vor.



Ab dem nächsten Jahr soll für Neubesetzungen in Aufsichtsräten eine Mindestquote von 30 Prozent gelten, in Vorständen von 20 Prozent. Ab 2015 sind dann 40 Prozent Frauen in Aufsichtsräten und Vorstandsetagen verpflichtend. **Wir haben mit unserem Gesetzentwurf keinen zahlosen Papiertiger an den Start geschickt, denn wird die Quote nicht erfüllt, bleiben die Plätze im Vorstand unbesetzt. Ein unterbesetzter Aufsichtsrat wird nach einem Jahr beschlussunfähig.** Bei Vorständen gehen die Rechte danach auf den Aufsichtsrat über. Die Bundesregierung soll dem Bundestag laut Gesetzentwurf alle zwei Jahre über die Umsetzung Bericht erstatten.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia